

Dresdner Nachrichten

Siegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Jahrespreis: 25 241
Wur für Nachdruck: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. September 1926 bei tagl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mk.
Postbezugspreis für Monat September 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr.
Einzelnummer 15 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Reichsmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Übersetzergebühren 10 Pf., Wusm. Anträge gegen Verbandszahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 33/42.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach - Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachrichten“ zulässig. Unberechtigter Nachdruck wird nicht aufbewahrt.

Rugby 11/50 PS 6-Zylinder-Automobile

Preise ab Hamburg: von RM. 6540.- ab

Autorisierter Vertreter für Ostachsen: **Automobil-Reparaturwerkstatt u. -Vertrieb / Dr. Hans Gerhardt, Dresden-A., Wiener Platz 5** Fernruf: 17197.

Spanien kündigt ernste Ereignisse an!

Wichtige Konferenz mit Italien. — Nunguas über die kommenden Entschlüsse.

Die Entscheidung über Deutschlands Ratsstijh gefallen. — Frankreich beginnt zu sparen. — Ein amtlicher Bericht über das Unglück von Leiferde.

„Historische Ereignisse sind im Werden.“

London, 4. Sept. Nach einem Bericht der „Daily Mail“ von der spanisch-französischen Grenze hat gestern abend in San Sebastian der spanische Außenminister Nunguas an Ehren des italienischen Botschafters ein Bankett gegeben, dem unter den gegenwärtigen Umständen große Bedeutung beigelegt wird. Unter den Anwesenden befand sich auch der Sekretär des Königs Alfonso, Graf de Torres. Um 5 Uhr früh fuhr der spanische Außenminister im Automobil nach Madrid zurück, um an einem Kabinettsrat teilzunehmen. Vor seiner Abreise erklärte Nunguas, die von dem Ministerium zu treffenden Entscheidungen seien von größtem Ernst und würden größere Sensationen verursachen, als je zuvor die Bildung der Diktatur durch Primo de Rivera. Historische Ereignisse seien im Werden. Die Öffentlichkeit werde bald darüber Aufklärung erhalten. (Z.-U.)

Spanische Kritik an der Genfer Ratsregelung.

Madrid, 4. Sept. Die Zeitung „Liberal“ beschäftigt sich in langen Ausführungen mit der Ratsfrage und kommt zu dem Ergebnis, daß die Entwicklung dieser Frage den Interessen der Völkerbundserammlung widerspricht. Zu den halbständigen Sätzen, die das Blatt als eine Erklärung Lord Robert Cecil's bezeichnet, wird in dem Artikel bemerkt, daß diese Sätze den britischen Interessen entgegenwären. Diese Sätze böten ihren Zuhörern keinerlei Sicherheiten, da nach dem englischen Entwurf die Völkerbundserammlung sie in jedem ihr geeignet erscheinenden Augenblick

wieder ansprechen könne. Wer könne, so fragt das Blatt, eine Garantie dafür übernehmen, daß diejenigen Staaten, die sich einen solchen halbständigen Sitz erhalten, in drei Jahren wiedergewählt würden? Sollte die jetzt ins Auge gefasste Reform durchgeführt werden, so würde sich der Rat aus vierzehn Mitgliedern zusammensetzen, von denen fünf künftige Mitglieder und neun gewählte Mitglieder wären. Obwohl nun diese die absolute Mehrheit hätten, so würde doch angesichts der Tatsache, daß drei der gewählten Mitglieder halbständige Sätze hätten, leicht vorausgesetzt sein, welche Intrigen die Großmächte unternehmen würden, um die Stimmen dieser halbständigen Mitglieder zu fangen, die sich auf diese Weise eine Wiederwahl sichern würden, und zwar auf Kosten der gerade bei ihnen so notwendigen Unabhängigkeit und Gerechtigkeit. Das Blatt gibt schließlich der Meinung Ausdruck, daß sich der demokratische Teil des Völkerbundes, der die Wehrhaftigkeit darstelle, von der Gefahr Rechenschaft abgeben hat, da, wenn schon der Völkerbund mit künftigen Sätzen ein Uebel sei, er mit halbständigen Sätzen zu einem noch viel größeren Uebel werde. (Z. T. B.)

Englische Hoffnungen auf ein Verbleiben Spaniens im Völkerbund.

London, 4. Sept. „Daily Chronicle“ meldet aus Genf, die Hoffnung, Spanien im Völkerbund zu halten, sei wieder aufgelebt. Chamberlain und Briand hätten die Lage mit einer Anzahl prominenter Mitglieder des Völkerbundes erörtert. Es sei beschlossen worden, in einem Telegramm den Rat zu bitten, seinen Einfluss beim Madrider Kabinettsrat zu gebrauchen, um Spanien zu überreden, im Völkerbund zu bleiben. Diese Aktion werde vielleicht nicht ohne Erfolg sein. (Z. T. B.)

Wehrhaftigkeit, Reichsbanner und Pazifismus.

Vor dem Kriege und der Revolution waren Sozialisten und Kommunisten völlig einig darüber, daß der bestgehobene Militarismus der Vater aller Uebel sei, und daß es der Menschheit im allgemeinen und Deutschland im besonderen nicht eher gut gehen könne, bis alles militaristische Wesen bis auf die Wurzel ausgerottet sei. Die allgemeine Wehrpflicht wurde als die schmachvollste aller Sklavereien bezeichnet, die je über den Menschen verhängt worden sei, und ihre Abschaffung gefordert. Seit der Umwälzung haben sich aber die Ansichten im linksradikalen Lager in diesem Punkte wesentlich geändert. Reichsbanner und Roter Frontkämpferbund haben sich stramm nach dem alten, ehemals so verfeimten militaristischen Muster organisiert und betonen mit Vorliebe ihre durchgebildete Wehrhaftigkeit, die mit einem Schläge Hunderttausende von waffenerprobten Anhängern auf den Plan rufen und jeden reaktionären Anschlag auf die Republik zunichte machen könne. Die jüngste Nürnberger Massenkundgebung des Reichsbanners fand ganz im Zeichen dieser neurepublikanischen Wehrhaftigkeit und ließ erkennen, daß die früheren Feinde des militaristischen Geistes sich bedeutend gewandelt haben und Drill und Disziplin nicht mehr so verächtlich behandeln wie damals, als es noch keine Republik in Deutschland gab. Die gleiche militaristische Gefinnung tritt auch ganz unverhüllt in einer Schrift zutage, die den österreichischen Sozialistenführer Julius Deutsch zum Verfasser hat. Der Genannte hat in seiner Heimat das Gegenstück zum Deutschen Reichsbanner in Gestalt des Republikanischen Schutzbundes gegründet, der als „proletarische Miliz“ dem Oberbefehl der sozialdemokratischen Parteileitung untersteht, um im Falle bürgerlicher Anschläge gegen die Republik „der physischen Gewalt ebensolche Gewalt entgegenzusetzen“. Der Republikanische Schutzbund rekrutiert sich aus der jugendlichen Arbeiterklasse und aus der sozialdemokratischen „Wehrturnerschaft“. Die Ausbildung ist ganz militarisch. Interessant ist an der Schrift namentlich das ungeschminkte Bekenntnis zu allem, was mit dem früher so leidenschaftlich verdamnten Militarismus innerlich und äußerlich zusammenhängt. Da wird die Notwendigkeit eines disziplinierten Heeres betont und offen angegeben, daß ein solches nur nach der alten Methode zu schaffen sei. Uniformen und Fahnen und „die ganze Buntheit des öffentlichen Auftretens militärischer Abteilungen“ seien auch für Proletarierheere nicht zu entbehren. „Der trotzige Schritt der Batalione“, heißt es wörtlich, „reicht nicht nur den mit, der in Reih und Glied marschiert, sondern nicht minder diejenigen, die dem Schauspiel beiwohnen.“ Das Dresdner Parteiorgan der linkssozialistischen beschäftigt sich auch mit der Eiferarbeit des militaristischen Geistes des Genossen Deutsch, vermeidet es aber sorgfältig auf so heisse Stellen, wie die vorerwähnte, einzugehen und bringt es fertig, aus der Schrift herauszulesen, daß ihr Grundgedanke der Kampf gegen den Geist des Militarismus sei, „da sie die Wehrhaftigkeit als Entschlossenheit zur Verteidigung, als Überwindung eines feigen Zitterkränkens, als Fähigkeit, die Körperkräfte gebräuchlich zu können, zu einer allgemein anerkannten proletarischen Tugend mache“. Ein Spiel mit Worten, nichts weiter. Die Wahrheit ist, daß der Militarismus als gut und verehrungswürdig gepriesen wird, wenn er den Zwecken des linksradikalismus dient, während man einen Popanz aus ihm macht, wenn er bürgerliche Einrichtungen schützen soll.

Aufnahme Deutschlands in den Rat.

Der entscheidende einstimmige Ratsbeschluss.

Genf, 4. Sept. Der Völkerbundsrat hat heute mittags 1 Uhr einstimmig den Bericht und die Vorschläge des Prüfungsausschusses zur Zusammenfassung des Völkerbundsrats genehmigt und mit der entsprechenden Entscheidung bekräftigt, auf Grund seiner aus Artikel 4 des Völkerbundspaktes begründeten Vollmacht Deutschland den Charakter eines künftigen Ratsmitgliedes vom Augenblick seines Eintritts in den Völkerbund zu erteilen.

Mit der gleichen Entscheidung wurde die Zahl der nichtständigen Ratsmitglieder von sechs auf neun erhöht.

Der schwedische Vertreter Linden gab eine Erklärung zu Protokoll des Inhalts, daß nach der Auffassung der schwedischen Regierung die Vermehrung der Zahl der Ratsmitglieder mit Unzulässigkeiten verbunden sei. Die schwedische Regierung sei aber bereit, ihre Haltung aufzugeben. Sie erinnere an die im Prüfungsausschuss von ihrem Vertreter geltend gemachten Vorbehalte und hoffe, daß mit dem jetzigen Ratsbeschluss eine Lösung der Krise erfolgen werde.

Weiter wurde auf Vorschlag des Präsidenten Benesch beschlossen, der auf Antrag von Lord Robert Cecil vom Prüfungsausschuss genehmigten Entscheidung an die Adresse Spaniens zu schicken. Der Generalsekretär wurde beauftragt, diese Entscheidung dem spanischen Ratsmitglied zu übersenden. In einem von Lord Robert Cecil erstatteten und vom Rat genehmigten Bericht wird dem Prüfungsausschuss und insbesondere seinem Präsidenten Motha für ihre Arbeiten der besondere Dank ausgesprochen.

Paris verleiht die Ratsstijhe.

Paris, 4. Sept. Die französische Presse beschäftigt sich heute mit der Frage der Kandidatur der halbständigen Ratsstijhe. Der „Petit Parisien“ nimmt an, daß Polen und China einen halbständigen Sitz erhalten werden. Was die nichtständigen Sätze anbelangt, so würden Belgien und Uruguay wiedergewählt werden. Zwei weitere südamerikanische Republiken, darunter wahrheitslieblich Kuba, würden gleichfalls Sätze erhalten. Die Tscheko-Slowakei werde Rumänien Platz machen und Schweden Holland.

Sauerwein teilt im „Matin“ mit, ihm sei von qualifizierten Staatsmännern erklärt worden, die Krise des Völkerbundes sei auf dem Wege, überwunden zu werden. Die Geheimnisse und die öffentlichen Verträge, die zum Zwecke der Auflösung des Völkerbundes geschlossen seien, hätten Vantrott gemacht. Der Völkerbund werde gekürzt aus dieser Prüfung hervorgehen. Wenn es Austritte gebe, so könnten sie nur vorübergehend sein. Der Völkerbund bestehe aus einem

halbständigen Direktorium und aus einem Parlament. Deutschland erhalte nicht die Vorrechte der künftigen Mitglieder und werde nicht auf die besonderen Rechte aus dieser Stellung verzichten. Auch Italien, dessen Diktator manchmal starke Zweifel an dem Völkerbund gehabt hätte, habe ein weitestgehendes Interesse daran, im Völkerbundrat vertreten zu sein. Daher werde Italien nicht für Spanien eintreten. Die Krise, die durch die Haltung Spaniens entstanden sei, könne nicht erloschen sein. Das Parlament des Völkerbundes könne gekürzt werden, und dies werde noch oft geschehen, aber der Verwaltungsrat habe sich nunmehr auf die Zusammenarbeit zwischen England, Frankreich und Deutschland, mithin auf eine europäische Kombination von unbeschreiblicher Kraft. (Z.-U.)

Der „Temps“ propagiert die Ansprüche Polens.

Paris, 4. Sept. Der „Temps“ legt seine Bestrebungen, die sich auch in der übrigen Presse seit kurzem bemerkbar machen, fort, die Frage des polnischen Ratsstijhes erneut aufzuwerfen und erklärt heute, Polen müsse da auch vertreten sein, wo Deutschland seine Vertreter habe. Da Spanien sich aus Genf zurückziehe oder nicht, der Anspruch Polens bleibe der gleiche. Es sei nicht wahr, daß Deutschland, wie es die Ansicht der „Täglichen Rundschau“ sei, nach seinem Eintritt die Hände völlig frei habe. Deutschland habe sich an den Beratungen der Studienkommission beteiligt, somit sei seine moralische Verantwortung die gleiche, wie die der anderen in der Kommission vertretenen Länder. Deutschland habe die gleichen Verpflichtungen gegen Polen übernommen wie die anderen Staaten.

Gauß in Berlin eingetroffen.

Berlin, 4. Sept. Ministerialdirektor Dr. Gauß ist heute vormittags 8.50 Uhr in Berlin wieder eingetroffen. Er wird im Laufe des heutigen Tages dem Reichsaußenminister und dem Reichskanzler ausführlich Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Genfer Besprechung erstatten. Kabinettsbesprechungen sind nicht vorgesehen. (Z.-U.)

Berlin, 4. Sept. Gestern nachmittags fand im Auswärtigen Amt eine Besprechung der deutschen Delegation für Genf statt, bei der auch die zur Teilnahme an der Delegation berufenen Parlamentarier zugegen waren. Laut „Täglicher Rundschau“ handelt es sich dabei in der Hauptsache um Fragen formaler Natur. Wie der „Vorwärts“ wissen will, wurde festgestellt, daß in die sechs Kommissionen der Völkerbundserammlung Reichsminister Dr. Stresemann, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt und die vier Reichstagsabgeordneten eintreten werden. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Reichardt werde Deutschland in der Kommission für militärische Fragen vertreten.